67. Jahrgang. № 470

Dienstag, 31. Oktober 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zutragung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 275,—. Einzelnummer M. 12,—, Sonntagsausgabe M. 15,—.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 22 mm breite Zeile M. 25,—, außerhalb Sachsens M. 30,— Familienanzeigen und Stellengesuche unter Wegfall jeden weiteren Rabatts M. 15,—. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

PIANOS Weltmarke. **Wolfframm** FLÜGEL Weltmarke.
Verkauf nur VIKTORIAHAUS, Ringstraße Nr. 18.

Die Reparationskommission in Berlin.

Verschleppung und immer wieder Verschleppung.

Berlin, 30. Okt. Der zweite Ausschuß der Parlamentarier, der in den Parteiführerbesprechungen mit dem Reichskanzler gebildet wurde, hatte gestern im Reichstage eingehende Besprechungen über die Reparationsfrage. Die Mitglieder sollen von dem allgemeinen Verlauf ihrer Besprechungen befriedigt gewesen sein. Die nächste Sitzung des Ausschusses findet wahrscheinlich Mittwoch statt. Die Reparationskommission traf heute abend 6 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Paris-Warschau-D-Zug in Berlin ein. Ein besonderer Empfang durch die Reichsregierung erfolgte nicht, da die Kommission aus eigener Initiative die Reise nach Berlin unternommen hat. Der „Times" zufolge wollen die Delegierten in Berlin mit der deutschen Regierung und mit den deutschen Finanzsachverständigen der Schwerindustrie über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit der Reparationskommission mit der Regierung verhandeln. Die Schwierigkeiten beständen darin, daß die Franzosen abgeneigt seien, ein Moratorium zu bewilligen oder deutsche Bons in Zahlung zu nehmen, solange sie nicht die gleichen Vorteile von England für ihre eigenen Schulden erlangen könnten. **Nach dem „Daily Telegraph" ist die Kommission darauf vorbereitet, die deutsche Regierung in einem Zustand der Demoralisation zu finden. (!)** Die Kommission werde also wohl das „Risiko" auf sich nehmen müssen, selbst Vorschläge zu machen. **Jedenfalls dürfte die Frage des Moratoriums bei den Berliner Verhandlungen wieder nicht entschieden werden.** Ueber diese Frage soll vielmehr später im Zusammenhang mit den französisch-englischen Kriegsschulden in einer persönlichen Beratung zwischen Poincaré und Bonar Law verhandelt werden.

Die Vergünstigungen, die man Deutschland angeblich gewähren will, werden also auf eine unbestimmte Zeit verschoben, während die neuen Forderungen, die man erheben will, sofort durchgeführt werden sollen. Das einzige Ergebnis des Besuches der Kommission würde demnach für Deutschland nur in neuen Zwangsverordnungen bestehen.

Die unbestimmte Haltung des englischen Kabinetts zur Reparationsfrage.

London, 30. Okt. Laut „Manchester Guardian" ist **Bradbury der Ansicht, daß der Zusammenbruch Deutschlands jeden Augenblick erfolgen könne, und daß damit das Ende aller Pläne für den Wiederaufbau Europas gekommen sei. Unter diesen Umständen sei der Regierungswechsel in London, begleitet von der Ungewißheit, wie die Politik der neuen Regierung sein werde, bedauerlich. Dies werde noch verschlimmert durch die Tatsache, daß Bonar Law in seiner Erklärung über den allgemeinen Grundsatz der Republik eine Versteifung der britischen Haltung angedeutet habe. Es werde daher für dringend notwendig erachtet, daß das Kabinett Bonar Law so bald als möglich seine Reparationspolitik im einzelnen darlege.** (W. T. B.)

London, 30. Okt. Der diplomatische Berichterstatter des „Observer" schreibt, daß Bradbury in der Frage, ob die neue britische Regierung seine Ansicht über die Notwendigkeit **eines sofortigen ein- bis vierjährigen Moratoriums für Deutschland** teile, in London nichts erfahren konnte, da über die Reparationspolitik **noch keine Entscheidung** getroffen worden sei. (W. T. B.)

Bradbury zur Stabilisierung der Mark.

London, 30. Oktober. Bradbury erklärte vor seiner Abreise nach Berlin dem Pariser Berichterstatter der „Times", es sei auf seiner Seite wie auf seiten seiner Kollegen in der Reparationskommission der ernsteste Wunsch vorhanden, das geeignetste Mittel zu entdecken, um den Sturz der Mark aufzuhalten. Man hoffe, daß der Besuch in Berlin, der eine Lösung der Probleme der Markentwertung zum Ziele habe, zu einem wirklichen Schritt vorwärts führen werde. Der Berichterstatter fügt hinzu, **die Delegierten in der Reparationskommission seien bereit, mit Wirth und den Sachverständigen der Großindustrie, wenn es möglich sei, ein Abkommen zu erzielen, das das Zusammenwirken der Kommission mit der deutschen Regierung sichere. Das einzige unmittelbare gemeinsame Interesse sei die Stabilisierung der Mark. Es sei wahrscheinlich, daß der Garantieausschuß mit erweiterten Vollmachten, mit einer gewissen Unabhängigkeit in administrativer Beziehung, dauernd in Berlin seinen Sitz nehmen werde, während die Reparationskommission in Paris als beratende Körperschaft verbleibe.**

Ein neuer belgischer Kontrollentwurf.

Paris, 29. Oktober. **„Eclair" berichtet, daß der belgische Delegierte gestern nacht an einem Kontrollentwurf arbeitete, über den Stillschweigen bewahrt werde und dessen Durchführung im einzelnen die Kommission sofort nach ihrer Ankunft in Berlin zu prüfen und zu erörtern haben wird. — „Excelsior" bestätigt diese Nachricht von einem der Kommission noch nicht vorgelegten Entwurf. Delacroix kennzeichnet ihn als zugleich wirtschaftlich, politisch und, was das wesentlichste sei, finanziell. — „Figaro" spricht von der unbedingten Notwendigkeit einer völligen Reorganisation des Garantiekomitees, worüber sich sämtliche Alliierten einig seien.** (W. T. B.)

Eine Denkschrift Barthous über die Stabilisierung der Mark.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 30. Okt. Ueber die Pläne, die die Reparationskommission in Berlin zu verfolgen gedenkt, besteht noch keine völlige Klarheit. Es verlautet nur, daß von allen Mitgliedern der Kommission nur die Belgier einen festumrissenen Plan nach Berlin mitbringen, und zwar in der Form eines Memorandums, dessen Grundgedanken dahingehen, Deutschland vollkommen Zeit zu lassen, um seine Finanzen in Ordnung zu bringen, seiner Währung eine neue wertbeständige Grundlage zu geben und erst dann der eigentlichen Lösung des Reparationsproblems näherzutreten. Ueber eine vom Vorsitzenden Barthou verfaßte Denkschrift erfährt die Dena, daß nach Barthou eine Stabilisierung der Mark erreicht werden könne, wenn es gelinge, den Staatshaushalt Deutschlands in Ordnung zu bringen, die Staatsbetriebe zu Ueberschußbetrieben auszugestalten und alle unnötigen Ausgaben im Haushalt zu vermeiden. **Zu diesem Zwecke fordere er eine verschärfte Uebersicht des Garantiekomitees über die deutsche Finanzgebarung. Das Garantiekomitee solle seinen Sitz nach Berlin verlegen. Es solle Sorge dafür tragen, daß alle Ausgaben des Reiches auf das sorgfältigste geprüft würden. Nur unbedingt notwendige Ausgaben sollten genehmigt werden. Ohne die Genehmigung des Garantiekomitees solle keinerlei Reichsausgabe unternommen werden dürfen.** Unter diesen Umständen werde dann nach Barthous Ansicht das Vertrauen in die Mark steigen. Lediglich die schlechte Finanzgebarung des Reiches sei am Sturz der Mark schuld. Der Notenumlauf komme nach Ansicht Barthous einem Werte von 800 Millionen Goldmark gleich. Da die Reichsbank über mehr als 1 Milliarde verfüge, sei der innere Wert des Notenumlaufs vollkommen gedeckt. **Eine Vermehrung des Goldbestandes der Reichsbank sei ohne weiteres möglich durch eine Erfassung der in Wirtschaft und Industrie vorhandenen Werte in Form einer inneren Goldanleihe.** Durch eine äußere Anleihe ließe sich dann auch die Zahlungsfähigkeit Deutschlands wiederherstellen, so daß die Reparationsschuld auf dem kommerziellen Wege der Verrechnung getilgt werden könne. Barthou weist dann noch mit Nachdruck auf den Wert der Brüsseler Finanzkonferenz hin, die unbedingt notwendig sei, da durch sie gleichzeitig eine Regelung der interalliierten Schulden erfolgen müsse.

Rücktritt des Kabinetts Lerchenfeld.

Einberufung des bayrischen Landtags zur Wahl des neuen Ministerpräsidenten.

München, 30. Okt. Wie wir erfahren, ist der Rücktritt des Kabinetts Lerchenfeld nunmehr vollendete Tatsache. Der Landtag wird alsbald zusammenberufen werden, um den neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Als aussichtsreichster Kandidat gilt nach wie vor der bisherige Staatsrat Meyer. Der Rücktritt Lerchenfelds, der aus der innerpolitischen Entwicklung Bayerns heraus zu erklären ist, wird sicherlich auch außerhalb des Landes ein gewisses Bedauern auslösen, da sich seine ausgleichende Art wiederholt besonders bei den verschiedenen Streitfragen zwischen Bayern und dem Reiche für beide vorteilhaft bewährt hat. (W. T. B.)

Die Gütertariferhöhungen am 1. November.

Berlin, 30. Okt. Wie bereits vor mehreren Tagen mitgeteilt worden ist, werden mit Rücksicht auf die katastrophale Preissteigerung die Gütertarife der Reichsbahn am 1. November um 50 Prozent erhöht. Die Meldung eines heutigen Abendblattes, daß eine weitere Erhöhung der Gütertarife um 100 Prozent vom 1. Dezember ab beabsichtigt sei, ist aus der Luft gegriffen. Die weitere Entwicklung der Gütertarife hängt durchaus von der heute noch nicht zu übersehenden Preisentwicklung ab. Anscheinend handelt es sich bei der letzteren Meldung um die Personentarife der Reichsbahn. Diese werden am 1. November um 100 Prozent und am 1. Dezember um weitere 100 Prozent erhöht.

Teilstreik von Eisenbahnpersonal in der Pfalz.

Ludwigshafen, 30. Okt. Von der Reichseisenbahndirektion Ludwigshafen wird mitgeteilt: Das Tagelohnpersonal der Eisenbahndienststelle Kaiserslautern trat am Sonntag mittag in den Ausstand, weil die von ihm gestellten Forderungen auf Auszahlung eines Vorschusses von 5000 Mark vom Reichsverkehrsministerium nicht in vollem Ausmaße bewilligt worden war. Infolge der Niederlegung der Arbeit fielen auf der Strecke Ludwigshafen—Homburg im nördlichen Teile der Pfalz die Güterzüge, sowie eine Reihe von Personenzügen örtlicher Bedeutung aus. Die Fernzüge wurden bisher durchgeführt. Ebenso wurde auf den Seitenlinien der Nordpfalz der Personenverkehr mit einigen Zügen aufrechterhalten. Die Arbeiter der Hauptwerkstätte Ludwigshafen, sowie der Betriebswerkstätten Ludwigshafen und Neustadt a. H. haben sich inzwischen dem Streik angeschlossen.

Dollar (Amtlich): 4187,50
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 4187,50

Bayern und Thüringen.

Von Graf E. v. Zedtwitz.

Die kleinen thüringischen Staaten wurden im Strudel der deutschen Revolution zu dem neuen „Groß-Thüringen" zusammengeschweißt — übereilt und planlos wie alles, was damals geschah — und dieses Staatsgebilde als eine gewaltige Errungenschaft der neuen „besseren" Zeit in Deutschland ausposaunt. Man kann über die kleinen und kleinsten deutschen Bundesstaaten denken wie man will, soviel steht doch fest, daß diese Frage nicht so vordringlich war und das neue Thüringen alles andere denn einen Fortschritt darstellt. Hätte man damals, statt Hals über Kopf einen neuen Staat zu schaffen, das geschichtlich Gewordene geachtet, so wäre den Interessen der Bevölkerung zweifellos besser gedient gewesen. Mußte aber schon um jeden Preis geändert werden, so wäre es besser gewesen, die thüringischen Gebiete den angrenzenden größeren Ländern anzugliedern. Ostthüringen gehört seiner Bevölkerung, Kultur und Wirtschaft nach ebenso zu Sachsen wie die nördlichen Gebiete Thüringens zu Preußen, das Land westlich des Rennsteigs aber zu Bayern, denn diese Gebiete sind von Franken bewohnt, die ihre wirtschaftlichen und Stammesinteressen nach Süden weisen. Die Verkündigung „Großthüringens" am 1. Mai 1920 wurde im Lande eben nicht mit allzugroßer Begeisterung begrüßt, doch das Volk tat alles, um den jungen Staat lebensfähig zu machen und zu erhalten. Die Regierung von Thüringen aber sah es als ihre erste Pflicht an, das Land zum sozialistischen Musterstaat zu machen und hat die marxistischen Ideen und Theorien so lange an ihm erprobt, daß Thüringen nun den traurigen Ruhm genießt, das röteste Land Deutschlands zu sein. Die Regierungsmethoden in Thüringen werden für alle Zeiten als ein Musterbeispiel gelten können dafür, was sozialistische Parteiwirtschaft vermag. Auf diese Weise wurde im Lande eine tiefgehende Unzufriedenheit erzeugt, insbesondere in den Gegenden mit überwiegender Bauernbevölkerung, der es unter dem neuen Regime nie gefallen hat und die nun in dem Walten des thüringischen Kabinetts Brandenstein ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt sah. Die Unzufriedenheit des Volkes mußte naturgemäß am stärksten in Südthüringen zum Ausdruck kommen, das sich nicht mit Unrecht nur als ein Anhängsel des neuen Landes betrachtet, weil ja diese Gebiete von der Hauptstadt Weimar aus viel schwerer zu erreichen sind als von dem benachbarten bayrischen Franken, mit dem sie nicht nur Stammesgemeinschaft der Bevölkerung, auch uralte Wirtschaftsbeziehungen verbinden. Das südliche Thüringen hat in den zwei Jahren seiner Vereinigung mit dem ihm fremden Norden nicht die erhoffte Befriedigung noch die Erfüllung seiner wirtschaftlichen Wünsche gefunden und seine fränkische Bevölkerung erstrebt den Anschluß an ein größeres deutsches Land, an seine Stammesgenossen: an Bayern. Und wenn es bisher auch nirgends offen ausgesprochen wurde, so ist doch kein Zweifel, daß für die dort zutage getretenen Bestrebungen vor allem der Wunsch ausschlaggebend ist, aus den ungesunden Verhältnissen in Thüringen herauszukommen und einem starken deutschen Lande anzugehören, dessen geordnete Verhältnisse eine ruhige politische und wirtschaftliche Fortentwicklung verbürgen.

Anfangs wollte diese Bewegung aus den engen Bahnen kleinstädtischer Vereins- und Biertischpolitik nicht recht herauskommen, es fehlte ihr die Kraft, den Weg zu finden, der unter Vermeidung von Verfassungskonflikten zur praktischen Lösung der Frage führt. Seit aber erfahrene, einflußreiche Männer dort die Sache in die Hand nahmen und das sozialistische Regiment der Weimarer Landesregierung die Unzufriedenheit im Lande immer mehr förderte, ist die Bewegung in Meiningen, Hildburghausen, Sonneberg, Römhild, Eisfeld und Eisfeld immer mehr angewachsen und hat auch auf die benachbarten fränkischen Gebiete Bayerns übergegriffen, wo unter Führung der Tagespresse, vor allem des „Fränkischen Kuriers" in Nürnberg, eine lebhafte Agitation für den Anschluß Südthüringens eingesetzt hat. Das amtliche Bayern steht der Bewegung ebenso wie vordem beim Anschluß Koburgs mit der gebotenen Zurückhaltung gegenüber, von der richtigen Auffassung ausgehend, daß die Bevölkerung Südthüringens selbst und allein zu entscheiden hat, welchem Lande sie in Zukunft angehören will.

Die verfassungsrechtliche Seite der Frage ist nicht so einfach wie im Falle Koburgs. Damals lagen die Grenzen des Landes, das den Anschluß an das benachbarte Bayern begehrte, klar zutage und das Gebiet Koburgs bildete ein geschlossenes Ganzes, dessen Bevölkerung die Angliederung an das Nachbarland durch Volksabstimmung verlangte und durchsetzte. Nach Art. 18 der Reichsverfassung kann eine Aenderung des Gebietes der einzelnen Länder nur stattfinden, wenn die Bevölkerung des abzutrennenden Gebietes eine solche verlangt. Zum Beschlusse der Gebietsänderung sind drei Fünftel, mindestens aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten erforderlich. Auch wenn es sich nur um die Abtrennung eines kleineren Verwaltungsbezirks handelt, ist der Wille der Bevölkerung des ganzen in Betracht kommenden Bezirkes festzustellen. Nun erhebt sich hier die Frage: können die Gebiete im Süden, die ihre Abtrennung von Thüringen wünschen, allein für ihr Gebiet abstimmen, oder ist zur Gültigkeit Volksabstimmung des ganzen Kreises erforderlich? Diese Frage ist hier von Wichtigkeit, weil in diesem Falle Teile Thüringens, die als selbständige Gebiete zu diesem gekommen sind, dann eine Abstimmung verlangen